

**Wir fordern
angesichts Israels Menschenrechtsverletzungen
die vollständige Aussetzung des
Assoziierungsabkommens zwischen der EU und Israel.**

https://citizens-initiative.europa.eu/initiatives/details/2025/000005_de

Diese Europäische Bürgerinitiative – am 13. Januar 2026 begonnen – **hat schon über 561 000 Unterschriften** (Stand am 20. März) unter folgenden Text erhalten:

„Laut der Europäischen Kommission ist der Staat Israel für die beispiellose massenhafte Tötung und Verletzung von Zivilistinnen und Zivilisten sowie für die massenhafte Vertreibung der Bevölkerung und die systematische Zerstörung von Krankenhäusern und medizinischen Einrichtungen in Gaza verantwortlich [1].

Israel blockiert zudem die Bereitstellung humanitärer Hilfe; dieses Vorgehen könnte als Aushungern als Methode der Kriegsführung angesehen werden. Israel bricht mit zahlreichen Regeln und Verpflichtungen des Völkerrechts und leistet der Anordnung des Internationalen Gerichtshofs [2], das Verbrechen des Völkermords zu verhindern, nicht Folge.

Und doch hat die EU ihr Assoziierungsabkommen mit Israel, ein Eckpfeiler der bilateralen Zusammenarbeit zwischen der EU und Israel in den Bereichen Handel, Wirtschaft und Politik, noch immer nicht ausgesetzt.

Die EU-Bürgerinnen und -Bürger dürfen nicht mehr hinnehmen, dass die EU ein Abkommen aufrechterhält, das einen Staat legitimiert und finanziert, der Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen begeht.

Daher fordern wir die Kommission auf, dem Rat einen Vorschlag für die vollständige Aussetzung des Assoziierungsabkommens zwischen der EU und Israel vorzulegen.



[1] Europäischer Auswärtiger Dienst, Vermerk des Büros des EU-Sonderbeauftragten für Menschenrechte, 20. Juni 2025,

<https://euobserver.com/eu-and-the-world/ar0246a0da> .

[2] Internationaler Gerichtshof, Anordnung vom 26. Januar 2024,

<https://www.icj-cij.org/node/203447> .

<https://eci.ec.europa.eu/055/public/#/screen/home> „

Die InitiatorInnen dieser EBI schrieben am 20. Februar 2026:

„Eine halbe Million EU-BürgerInnen haben bereits die Europäische Bürgerinitiative (EBI) unterzeichnet, in der die EU aufgefordert wird, den Handel mit Kriegsverbrechen einzustellen. Vielen Dank, aber unsere Arbeit ist noch nicht beendet.

**Um echte Veränderungen zu bewirken, benötigen wir
eine Million Unterschriften und mehr. b.w.**

Warum ist das wichtig?

- Die Komplizenschaft der EU muss ein Ende haben. Milliardenumsätze im Handel unterstützen die Besatzung, die Apartheid und die anhaltenden Gräueltaten. Die EU muss dies unterbinden.
- Verwandeln Sie Hilflosigkeit und Wut in Taten. Die Unterzeichnung der EBI ist eine konkrete Möglichkeit, Empörung und Trauer in konkrete Taten umzusetzen, in kollektive Kraft.
- Setzen Sie die Tradition der Solidarität in Europa fort. Generationen vor uns haben sich für Palästina eingesetzt. Jetzt sind wir/Sie an der Reihe.
- Palästina ist kein Trend. Es ist ein jahrzehntelanger Kampf für Freiheit und Gerechtigkeit, der Beständigkeit erfordert, nicht Bequemlichkeit.
- Israel hat alle möglichen Unterdrückungsmaßnahmen versucht, um die Palästinenser zum Schweigen zu bringen. Sie haben nicht aufgegeben, und das sollten wir auch nicht.
- Ungerechtigkeiten, wo auch immer sie geschehen, bedrohen uns alle. Was dort geschieht, halt hier nach. Wir können und dürfen keine Normalisierung von Rechtsverletzungen zulassen.
- Unsere Steuern, unsere Verantwortung. Die Bürger der EU haben das Recht zu verlangen, dass ihr Geld nicht dazu verwendet wird, die Besatzung aufrechtzuerhalten und Kinder zu töten.

Bei dieser Initiative geht es nicht nur um das Sammeln von Unterschriften. Es ist eine Erklärung der öffentlichen Forderung und ein Test für den moralischen Mut und das Engagement Europas für das Völkerrecht.

Warten Sie nicht auf einen weiteren Völkermord, um zu fordern, dass die EU ihre Geschäfte mit einer Besatzungsmacht, die Völkermord begeht, einstellt. HANDELN SIE JETZT!“

9 EU-Länder haben das notwendige Quorum erfüllt (Belgien, Dänemark, Finnland, Frankreich, Irland, Italien, Niederlande, Schweden, Spanien, Stand am 20.3.2026). *In Deutschland sind bis jetzt (20. März) nur 30% der erforderlichen Unterschriften zusammengekommen. Dabei wäre es gerade in Deutschland wichtig, die Ablehnung der Unterstützung der israelischen Regierung und die Solidarität mit den Palästinensern auch durch eine große Anzahl von Unterschriften sichtbar zu machen.*

Weitere Infos:

Deutsch-Palästinensische Gesellschaft: Rundbrief von Januar 2026

<https://dpg-netz.de/wp-content/uploads/2026/02/DPG-Rundbrief-1-2026.pdf>

‚Sand im Getriebe‘ <https://www.sand-im-getriebe.org/artikel/thema-israel-palastina>